

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Zum 1. Mai 1987:

Gegen Faschisierung, gegen Volkszählung

WER NICHT KÄMPFT, HAT SCHON VERLOREN!

Die Verabschiedung der "Sicherheitsgesetze" und die Einführung des maschinenlesbaren Ausweises, die bevorstehende Volkszählung, der Ausbau des imperialistischen Unterdrückungsapparates, Abschiebungen von Flüchtlingen, chauvinistische und rassistische Hetze gegen ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter, sich verstärkender Antisemitismus - dies sind einige hervorstechende Merkmale der politischen Situation in Westberlin an diesem 1. Mai.

Gegen diese voranschreitende Faschisierung, eine Politik, die von allen bürgerlichen Parteien betrieben wird, sei es CDU oder SPD, entwickeln sich, wenn auch oft erst in Ansätzen, vielfältige Formen des notwendigen und gerechten Protestes und Widerstandes, die es unbedingt zu verstärken gilt.

VERSTÄRKUNG DER UNTERDRÜCKUNG

Ständige Polizeipräsenz ist in Westberlin zu einer schon gewohnten alltäglichen Erscheinung geworden, sei es im Straßenbild, in der U-Bahn oder im Wohnviertel durch die neuen "Blockwarte", die KOBs. Polizeiliche Verfolgungen endeten mehrfach mit einem Todesstoß.

Demonstrationen werden von vornherein von einem Polizeikordon begleitet, wobei nicht selten Demonstranten überfallen und willkürlich verhaftet werden. Es wird versucht, ganze Stadtviertel mit massivem Polizeieinsatz abzuriegeln, wie in Kreuzberg 36 anlässlich der Proteste gegen den Mord an Günther Sare. Ganze Gebäudekomplexe werden systematisch durchkämmt, wie der Mehringhof anlässlich der Demonstration gegen den "Hamburger Kessel".

Hochsicherheitstrakte werden weiter ausgebaut. Die Gerichte verhängen empfindliche Strafen gegen Antifaschisten, oft nur wegen eines Steinwurfes, in der Regel sogar ohne Beweise. Demgegenüber werden Überfälle der Faschisten in den meisten Fällen nicht einmal verfolgt. Polizeiapparat und Polizeibewaffnung werden weiter verstärkt: nunmehr verfügt auch der Senat über Hochdruckwasserwerfer, wie sie bei dem Mord an Günther Sare im Einsatz waren.

Gegen diese sich verschärfende Unterdrückung, gegen die vor allem vom Staatsapparat ausgehende Faschisierung gab es zahlreiche, auch militante Protestaktionen. Doch es muß bewußt sein, daß der staatliche Unterdrückungsapparat bis heute nicht annähernd voll zum Einsatz gekommen ist, daß der massive Ausbau dieses Apparates vor allem in Hinblick auf künftige Massenkämpfe betrieben wird! Die Herrschenden wappnen sich bereits heute vor dem Ansturm der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen, die früher oder später ihre Lage nicht länger hinnehmen werden.

ANWACHSENDE RASSISMUS UND CHAUVINISMUS

Der Rassismus ist in Westberlin für die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, für Asylsuchende und politisch Verfolgte grausamer Alltag. Er wird staatlich betrieben mittels Hetze, der Politik der Abschiebungen und mit Hilfe des faschistischen Ausländergesetzes.

Das chauvinistische Schreckgespenst einer "Asylantenflut" und einer "Ausländerschwemme" führte direkt zu Massenrazzien und Polizeihatz in S- und U-Bahnen.

Diese Hetze in faschistischer Manier schuf die Pogromstimmung für Anschläge sogenannter "Bürgerwehren", wie den Brandanschlag auf ein Flüchtlings-Sammellager in Lichterfelde.

Geplante Massenausweisungen und Abschiebungen von etwa 500 hier lebenden palästinensischen und anderen Flüchtlingen aus dem Libanon, denen später 2000 weitere folgen sollten, konnten nicht zuletzt durch breite Proteste bis hin zu beispielhaften Blockadeaktionen auf dem Flughafen Tegel bisher verhindert werden.

Erhöhte Wachsamkeit ist jedoch erforderlich, da inzwischen die Ausländerpolizei verstärkt die hinterhältige Methode der "Direktabschiebung" gegen Asylsuchende anwendet: Nach der Verhaftung erfolgt der unmittelbare Transport zum Flughafen und die Deportation ohne Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit Rechtsanwälten oder Familienangehörigen. Die Palästinenser El-Nasser, Kayed H. und Fadi A. wurden auf diese Weise nach Beirut verbracht und sind seither verschollen - dies ist nur ein kleiner Teil der wahrscheinlich Ermordeten, da der Senat die



Polizeiterrror gegen Blockadeaktion am Flughafen Tegel am 30.1.87

Bekanntgabe von Namen und Zahl der so Abgeschobenen verweigert, um sein blutiges Handwerk zu vertuschen.

Der Druck gegen ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter wird weiter verstärkt. Sie werden als erste gefeuert und sind dann, wenn sie gezwungen sind, von Sozialhilfe zu leben, von Abschiebung bedroht.

Gerade im Kampf gegen drohende Abschiebungen und Massendeportationen, gegen Ausländerrazien in S- und U-Bahnen gab es mutige Protestaktionen, die trotz begrenzter Wirkung dennoch die richtige Orientierung auf aktive Solidarität und antifaschistische Selbsthilfe wiesen. Diese Ansätze gilt es, weiter zu entwickeln, getragen von dem Bewußtsein, daß das Bündnis deutscher und ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter in Betrieb und Wohnviertel eine wirklich scharfe Waffe gegen Rassismus und Chauvinismus ist.

VERSCHÄRFUNG DER ÖKONOMISCHEN KRISE

Faschisierung, Rassismus und Chauvinismus nehmen vor dem Hintergrund der sich verschärfenden ökonomischen Krise zu. Die Verschlechterung der Lebens-

WESTDEUTSCHE IMPERIALISTEN UND
SED-REVISIONISTEN HAND IN HAND
GEGEN POLITISCH VERFOLGTE!

Das letzte noch fehlende Glied in der Kette der rassistischen Maßnahmen des westdeutschen Imperialismus zur Schließung der Grenzen für politische Flüchtlinge war der KUHHADEL MIT DEN SED-REVISIONISTEN, die sich für entsprechende finanzielle Gegenleistungen verpflichteten, keine Durchreise durch die DDR ohne gültiges Visum mehr zuzulassen, in voller Kenntnis, daß die Masse der Flüchtlinge ein solches garnicht erhalten kann.

Die Revisionisten der SED haben sich damit als Vertreter des gleichen menschenverachtenden imperialistischen Systems entlarvt und gezeigt, was sie meinen, wenn sie von friedlicher Koexistenz faseln: chauvinistische Kumpanei mit dem westdeutschen Imperialismus auf Kosten tausender politisch Verfolgter zum finanziellen und politischen Nutzen der neuen Bourgeoisie, der herrschenden Klasse der DDR. Mit dem Marxismus-Leninismus, der revolutionären Politik Lenins und Stalins, hat die SED längst nichts mehr gemein!

IN DER DDR HERRSCHT DIE NEUE BOURGEOISIE!
ES GIBT LÄNGST KEIN BESSERES DEUTSCHLAND MEHR!

lage der Werktätigen, Steigen von Mieten und Lebenshaltungskosten, Arbeitshetze und vermehrte Krankheit sind die Folge. Vor allem bringt sie andauernde Massenarbeitslosigkeit und Massenentlassungen ohne Hoffnung auf baldige neue Arbeit mit sich.

Polizeiterrror gegen Ausländer und Demonstranten soll auch den arbeitslosen und den von Arbeitslosigkeit bedrohten Massen als potentiell "Unruheherd" deutlich vor Augen führen: "Sich wehren ist zwecklos!" Daß dem nicht so sein muß, zeigen Kämpfe in den Betrieben wie bei der Druckmaschinenfabrik Rotaprint im Wedding, wo durch gemeinsamen entschiedenen wochenlangen Kampf die Kolleginnen und Kollegen die beabsichtigte Betriebschließung verhindern konnten. Weitere Protestaktionen, wie der Warnstreik der 5000 Siemens-Arbeiter und -Arbeiterinnen am 10. April 1987 und die Demonstrationen der Volta-Arbeiter gegen die beabsichtigte Betriebschließung, zeigen die vorhandene Unruhe in der Arbeiterklasse.

Doch die bisherigen Kampffaktionen leiden noch zu sehr an ihrer Eingebundenheit in die reformistischen klassenversöhnlichen Abwiegungsstrategien der DGB-Führung und Arbeiteraristokratie in den Betrieben.

Der jüngste Tarifabschluß der IG-Metall dokumentiert, daß die Gewerkschaftsführung auf die Verschlechterung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse mit Hilfe des § 116 einmal mehr mit fauler Anpassung reagiert und nicht mit Verstärkung der Kampfanstrengungen. Konsequenter Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Lohnabbau kann nur entwickelt werden, wenn mit dem Vertrauen in die DGB-Führung Schluß gemacht wird. Dringend notwendig sind selbständige Formen des Kampfes, ohne, ja gerade gegen die Gewerkschaftsfürsten und Arbeiteraristokraten!

DIE VOLKSZÄHLUNG 1987

- EIN WEITERER SCHRITT ZUR FASCHISIERUNG

Kampf gegen zunehmende Unterdrückung und Faschisierung heißt auch: Kampf gegen die Volkszählung!

Dem Staat werden durch die Volkszählung weitere Mittel in die Hand gegeben, um gezielt vor allem den bestehenden und auch den sich bildenden Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung besser in den Griff zu bekommen.

Darüberhinaus will sich der Staat nach der Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises, nach Inkraftsetzung der "Sicherheits-Gesetze", die der Polizei den direkten Zugriff auf das neu geschaffene Zentrale Verkehrsinformationssystem 'ZEVIS' brachten, und im Zusammenhang mit dem Ausländerzentralregister nun mit der Volkszählung weitere wichtige Daten zur VERSCHÄRFUNG DER UNTERDRÜCKUNG verfügbar machen. Mit der Vielzahl der gesammelten Daten, die - entgegen den verlogenen Beteuerungen von der angeblichen Anonymität - jederzeit personenbezogen abrufbar sind, kann der Staatsapparat durch Rasterfahndungen gezielter die jeweils aktuellen "Staatsfeinde" herausfiltrieren: von RAF- oder RZ-Mitgliedern und -Unterstützern über militante AKW-WAA-Gegner bis hin zu Streikausschüssen von Arbeitern u.a.m., die vielleicht morgen die staatlich geschützten Profiteressen der westdeutschen Monopolbourgeoisie gefährden.

Zur GEZIELTEN RASSISTISCHEN UND CHAUVINISTISCHEN UNTERDRÜCKUNG sollen genauere Daten geliefert werden, ob es nun um die effektivere Durchsetzung der berüchtigten rassistischen Zugangssperren in verschiedene westberliner Bezirke geht, oder um mög-

LOGEN VON "DATENSCHUTZ" UND "STATISTIKGEHEIMNIS" 1939 WIE 1987

Nicht erst heute sind der "geschlossene Briefumschlag", die "Diskretion der Zähler" Mittel und Versuch, die Bevölkerung zu beruhigen und in Gutgläubigkeit zu wiegen. Bereits 1939 setzten die Faschisten bei ihrer Volkszählung auf diesen Betrug, um möglichst zuverlässige Angaben zu erhalten. In einer Zählerunterweisung von 1939 wurde den Zählern geraten, bei Auskunftsverweigerung u.a. wie folgt vorzugehen:

"Hinweis auf die Bestimmungen über Verschwiegenheit. Unter Umständen können die Erhebungspapiere in einem verschlossenen Umschlag abgegeben werden. Hinweis auf Strafen, aber besser Appell an den guten Willen." (Quelle: Archiv des Statistischen Amtes in Warschau, zitiert in: TAZ v. 17.2.87)

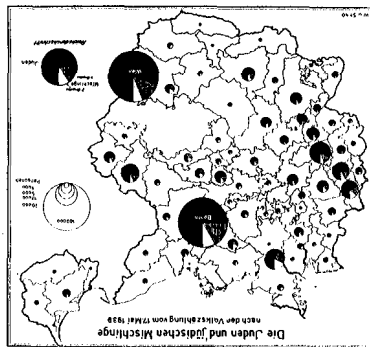
Wir wissen heute, wohin das "Vertrauen in den Staat" damals geführt hat: Vernichtung der Juden, Vernichtung der Sinti und Roma, von Antifaschisten, von Homosexuellen, Euthanasie zur Vernichtung "unwerten Lebens".

- Der Chef der Sicherheitspolizei und des NS-Sicherheitsdienstes sowie der Gestapo, Heydrich, schrieb:

"Betr. Räumung der neuen Ostprovinzen. Auf grundsätzlichen Befehl des Reichsführers SS wird die Räumung von Polen und Juden in den neuen Ostprovinzen durch die Sicherheitspolizei durchgeführt... Die Räumung nach dem Fernplan erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung." (Aus: "Vorsicht Volkszählung 1987", München, S.10)

- Am 8.10. 1983 erklärte Innenminister Zimmermann vor dem Bundesverfassungsgericht:

"Bei den 19 Volkszählungen, die es seit 1871 gegeben hat, gab es keinen einzigen Fall der Verletzung des Statistikgeheimnisses." (Ebenda, S. 8)



All dies zeigt die besonderen Gefahren für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter und auch für die jüdische Bevölkerung, die von der Volkszählung ausgehen.

Wichtige Daten zur PROFIT-MAXIMIERUNG soll die Volkszählung den großen Konzernen liefern, was für die Arbeiterklasse und Werktätigen einzig eine weitere Verschärfung von Ausbeutung bringt. So halten z.B. die großen Wohnungsbaukonzerne und die Haus- und Grundeigentümer-Verbände die Volkszählung für "dringend erforderlich", weil diese ihnen die Angaben über die höchsten Mieten im jeweiligen Stadtviertel liefern soll, die nach Einführung des "weißen Kreises" in Westberlin als Richtschnur zum Hochtreiben der niedrigeren Mieten dienen.

Gleichzeitig sollen auch Daten über Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Behinderte u.a.m. erbracht werden, die in keiner Weise zu deren Nutzen, sondern zum möglichst unauffälligen Abbau

vermocht haben, diese zu beseitigen. Die Aufhebung der Ausbeutung und der Herrschaft einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit kann auch nicht durch diesen oder jenen Teilkampf, sondern nur durch die Sprengung des ganzen Systems, durch die Zerschlagung der imperialistischen Herrschaft erreicht werden.

Trotzdem oder vielmehr GERADE DESHALB muß bewußt sein: WER NICHT KÄMPFT, DER HAT SCHON VERLOREN !

Erfolge in den verschiedenen Kämpfen für mehr Lohn, gegen bestimmte imperialistische Projekte, faschistische Banden usw. sind möglich. Aber die Aussicht auf konkrete Teilerfolge darf für den bewußten politischen Widerstand gegen das imperialistische System nicht das entscheidende Motiv des Kampfes sein. Wichtig ist vor allem, Erfahrungen zu sammeln für künftige größere Auseinandersetzungen, Klarheit zu schaffen über den Charakter des Staates und das kapitalistische Ausbeutersystem, den Gedanken der Unversöhnlichkeit mit der Diktatur der Bourgeoisie in die Kämpfe hineinzutragen und diese Gedanken den Kämpfenden anhand ihrer eigenen Erfahrungen bewußt zu machen. Nur wenn dies gelingt, werden die heutigen Auseinandersetzungen, auch wenn sie nicht oder nur teilweise zu konkreten Erfolgsergebnissen führen, eine längerfristige Wirkung haben und dazu beitragen, daß dieses verfluchte täglich neue Leiden und Verbrechen produzierende imperialistische System schließlich gestürzt werden kann.

Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung sind in der von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN geschaffenen Lehre wissenschaftlich zusammengefaßt. Sich mit diesen Lehren auseinanderzusetzen bedeutet, sich mit den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung auseinanderzusetzen.

Diese Erfahrungen lehren, daß die herrschende kapitalistische Gesellschaftsordnung zerschlagen werden kann und wird, auch wenn sie noch so mächtig erscheint.

ES LEBE DER 1. MAI - KAMPFTAG DER INTERNATIONALEN ARBEITERKLASSE !
TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !
ES LEBE DIE PROLETARISCHE WELTREVOLUTION !
PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !
PROLETARIER ALLER LÄNDER, UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

von Sozialleistungen, zu einer weiteren SOZIALEN VERLENDUNG beitragen werden.

Die zunehmenden REPRESSIONSMASSNAHMEN GEGEN DEN BERECHTIGTEN WIDERSTAND erklären sich aus diesen umfassenden Zielen der Volkszählung, die einzig und allein den Klasseninteressen der westdeutschen Monopolbourgeoisie nutzt.

Verbote von Veranstaltungen und Info-Ständen, Hausdurchsuchungen, Bußgelder-Androhung, Strafgelder, polizeiliche Parolen-Übermalung ... - der westdeutsche Imperialismus und seine westberliner Senatsbüttel zeigen, daß es ihnen nun ernst wird und sie bereit sind, mit dem Polizeiknüppel und der Peitsche der Justiz zuzuschlagen !

Dieses nervöse Treiben ist ein untrüglicher Beweis dafür, was von den scheinheiligen Beteuerungen von Kewenig bis Bomper über die angebliche "Harmlosigkeit" des Unternehmens zu halten ist, das mit millionenschwerem Werbeetat der Bevölkerung unter den verlogenen Schlagworten der Wahrung der "Anonymität" und des "statistischen Geheimnisses" verkauft werden soll.

Die unverfrorene Selbstverständlichkeit, mit der diese Volkszählung des westdeutschen Imperialismus und damit der sie begleitende staatliche Terror auch in Westberlin durchgeführt wird, das kein Bestandteil der BRD ist, zeigt, wie weit die faktische widerrechtliche Einverleibung Westberlins bereits fortgeschritten ist.

BREITER WIDERSTAND GEGEN DIE VOLKSZÄHLUNG ist trotz der Repressionsmassnahmen wegen der tiefgreifenden Gefahren der Volkszählung unverzichtbares Gebot !

Grundsätzlich muß hierbei klar sein: Es gibt keinen Widerstand ohne Risiko! Ja, gerade weil der Staatsapparat mit der Volkszählung seine "Allmacht" demonstrieren will, darf der Kampf nicht beim Einsammeln der Fragebögen stehen bleiben, sondern muß noch mehr in die Breite und Tiefe gehen und auf die Straße und in die Betriebe getragen werden. Den Isolierungs- und Spaltungsversuchen der imperialistischen Bürokratie muß zudem die Solidarität mit den von Zwangsmaßnahmen Betroffenen, gerade auch mit den besonders gefährdeten ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern entgegengesetzt werden.

KEINE RESIGNATION ANGESICHTS DER BRUTALITÄT DIESER STAATES, ABER AUCH KEINE ILLUSION IM Kampf gegen die Volkszählung wie gegen die Faschisierung überhaupt!

Eine klare, unmißverständliche und gemeinsame Antwort ist nötig, so wie sie einst die irischen Bauern dem verhassten und von ihnen geächteten englischen Gutsbesitzer und Pachtherrn Charles C. BOYCOTT gegeben haben !

Das imperialistische System muß zerschlagen werden !

Viele, die sich ehrlich empört gegen die verschärften Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen des westdeutschen Imperialismus zur Wehr setzen, gegen die Abschiebung von Flüchtlingen in den sicheren Tod protestieren und Asylsuchende verstecken, Lohn-drückerei und Rationalisierung nicht wehrlos hinnehmen, sehen die Ursache der Übel vor allem bei den "konservativen Kräften", den "Rechtsparteien", usw.

Die fortschreitende Faschisierung des Staatsapparates, Militarisierung und Kriegsvorbereitung, die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Werktätigen entspringen jedoch dem System des Imperialismus, einem System, das auf der Herrschaft der Monopolbourgeoisie und des Finanzkapitals beruht, unabhängig davon, welche ihrer Parteien gerade die Regierungsgeschäfte wahrnimmt.

Der westdeutsche Imperialismus beutet nicht nur die Arbeiterklasse hier aus, sondern strebt als imperialistische Großmacht nach immer mehr Macht und Einflusssphären in der Welt. Die westdeutschen Monopole haben sich in Ländern wie Brasilien, Türkei, Südafrika, aber auch Nicaragua und China breit gemacht, um nur einige zu nennen, und pressen in aller Welt riesige Extraprofite aus den unterdrückten Volksmassen.

Eine solche Macht kommt ohne eine gigantische und allseitige präsen te Unterdrückungsmaschine zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gar nicht aus: Bewahrung des Ausbeuterfriedens im Innern, Vorbereitung und Durchführung von Eroberungskriegen nach außen, alles zur Mehrung des Profits, dem Lebenszweck des imperialistischen Systems. Aus diesem Grund hat der westdeutsche Imperialismus, der Nachfolger des Hitlerfaschismus, von Beginn an seine Polizei aufgerüstet, den Justiz- und Verwaltungsapparat ausgebaut und die Armee reorganisiert; aus diesem Grund werden auch seine Machtorgane in Westberlin, das er faktisch einverleibt hat, perfektioniert und mit zunehmender Brutalität gegen den vorhandenen Widerstand und zur Einschüchterung der breiten Massen eingesetzt.

Es ist wahr, daß alle bisherigen Kämpfe und Proteste gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch den westdeutschen Imperialismus es nicht

tig erscheint. Sie zeigen die Aufgabe der Arbeiterklasse als Totengräberin dieser Gesellschaftsordnung, eine Aufgabe, die mit historischer Notwendigkeit sicher erfüllt werden wird, trotz des revisionistischen Verrats in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins und der kapitalistischen Entartung schließlich auch Chinas und Albanis, wodurch die Befreiung des Proletariats schwere Rückschläge erlitten hat.

Daher ist es von besonderer Wichtigkeit, die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus gründlich zu studieren, um von ihnen für die heute anstehenden revolutionären Aufgabe zu lernen.

DAS KOMMUNISTISCHE MANIFEST, WAS TUN?, STAAT UND REVOLUTION, OBER DIE GRUNDLAGEN DES LENINISMUS, DIE GESCHICHTE DER KPdSU(B) (KURZER LEHRGANG) - sind nur einige der wichtigsten Werke, in denen die prinzipiellen Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus zusammengefaßt sind, die heute mehr denn je von brennender Aktualität sind.

Sie zeigen, daß es nur einen Weg zur wirklichen Befreiung gibt:

- Die vollständige Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie und ihres Staatsapparates, insbesondere seiner bewaffneten Formationen durch die gewaltsame Revolution des Proletariats im Bündnis mit den anderen Ausgebeuteten und Unterdrückten.

- Erkämpfung der Diktatur des Proletariats, die nach dem Sieg der Revolution durch die gewaltsame Niederhaltung der alten Ausbeuter und aller anderen Feinde den Aufbau des Sozialismus, die proletarische Demokratie für die breiten Massen bis hin zur Erreichung der kommunistischen Gesellschaft sichern muß.

- Aufbau der kommunistischen Partei als Kampfstab der Arbeiterklasse, der geleitet von der Theorie des Marxismus-Leninismus das Proletariat zur Erfüllung dieser großen Aufgaben erziehen, organisieren und führen muß.